

23.4.2008

Print-Ausgabe

**Redl: „Zeige wieder die die Bürgermeister an!“****BEZIRK MISTELBACH / Nach dem Projekt-Rückzug in Drasenhofen wollen die Gegner der Anlagen Rückenwind verspüren**

Der Rückzieher der Gemeinde Drasenhofen bei den geplanten Windkraftanlagen geben ihrem Standpunkt recht, ist Windkraftgegner Wolfhart Redl überzeugt. Und: Redl will seinen Kampf gegen die Windräder fortsetzen: Hatte er vor zwei Jahren bereits einmal alle Bürgermeister des Weinviertles bei der Staatsanwaltschaft angezeigt, die Windkraftanlagen auf ihrem Gemeindegebiet errichten lassen, so wollen er und seine Gruppe dies wiederholen: „Jene Summen, die die Gemeinden für die Umwidmung bekommen, sind eigentlich Bestechungsgelder für die Zerstörung der Landschaft“, ist Redl überzeugt. Mit Anzeigen müsse demnach jetzt auch Altlichtenwarts Bürgermeister Franz Gaismeier rechnen. Dort wird überlegt, einen Windpark mit bis zu 80 Windkraftanlagen zu errichten.

Diese Landschaftszerstörung werde gedeckt von den Behörden, ja auch von der Staatsanwaltschaft, ist Wolfhart Redl in vollster Überzeugung: „Die kleinen Bürgermeister können ja fast nichts dafür: Das sind ja arme Hunde!“ Die Staatsanwaltschaft hatte vor zwei Jahren die Anzeige mangels Relevanz zurückgelegt. „Auf politischen Druck“ ist Redl überzeugt, der eine ganz große Verschwörung der Windenergie zu sehen glaubt. Und Redl kennt auch schon wen, der die Rolle der Behörden überprüfen soll: Der Nationalrat mit einem Prüfungsausschuss.

Nationalrat Hubert Kuzdas, seit der Causa Eurofighter U-Ausschuss-erprobt: „Ich glaube nicht, dass ein Untersuchungsausschuss da viel prüfen kann: Aufgabe ist, Handlungen der Regierung zu überprüfen - und mit Windrädern hat diese nichts direkt zu schaffen!“ Der Nationalrat sei hier nicht zuständig. „Außerdem kann ich mir nicht vorstellen, dass es einen Bürgermeister gibt, der widerrechtlich ein Windrad aufstellen lässt“, so der Abgeordnete, der als Gemeinderat Gaweinstals mit der Causa Windrad-Errichtung bestens vertraut ist. Wenn es strafrechtlich relevante Tatbestände gäbe, dann kenne auch er eine zuständige Behörde: die Justiz.